

Tagesordnung I Punkt 14 der öffentlichen Sitzung am 10.07.2003

Vorlage Nr. 03-F-01-0023

**Belebung des Biebricher Rheinufers
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 06.05.2003 -**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die Voraussetzungen für eine dauerhafte Außenbewirtschaftung durch die anliegenden Gaststätten auf der Uferpromenade in Biebrich zu schaffen, um so dem Wunsch vieler Wiesbadenerinnen und Wiesbadener nach einer Belebung der neugestalteten Uferpromenade Rechnung zu tragen.

Änderungsantrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 08.07.2003

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Ersetze Antrag durch:

„Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen in Biebrich eine gastronomische Nutzung unmittelbar am Rheinufer geschaffen werden kann. Damit soll dem Wunsch vieler Wiesbadenerinnen und Wiesbadener nach einer attraktiven Freizeitnutzung unseres Rheinufers Rechnung getragen werden.“

Im Rahmen der Prüfung sollen auch folgende Aspekte Berücksichtigung finden:

- Einbeziehung der vom Ortsbeirat sowie von den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur „Sozialen Stadt“ erarbeiteten Planungsüberlegungen.
- Platzierung der Gastronomie in einem für diese Nutzung geeigneten Uferabschnitt.
- architektonische beziehungsweise stadtgestalterische Qualität baulicher Einrichtungen
- Keine städtebauliche Verunklarung des Rheinufers

Beschluss Nr. 0271

Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 15.05.2003 betr.

Belebung des Biebricher Rheinufers

wird in der Form des Änderungsantrages der CDU-Stadtverordnetenfraktion angenommen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen in Biebrich eine gastronomische Nutzung unmittelbar am Rheinufer geschaffen werden kann. Damit soll dem Wunsch vieler Wiesbadenerinnen und Wiesbadener nach einer attraktiven Freizeitnutzung unseres Rheinufers Rechnung getragen werden.

Im Rahmen der Prüfung sollen auch folgende Aspekte Berücksichtigung finden:

- Einbeziehung der vom Ortsbeirat sowie von den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur „Sozialen Stadt“ erarbeiteten Planungsüberlegungen.
- Platzierung der Gastronomie in einem für diese Nutzung geeigneten Uferabschnitt.
- architektonische beziehungsweise stadtgestalterische Qualität baulicher Einrichtungen
- Keine städtebauliche Verunklarung des Rheinufers

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2003

**Dieser Beschluss ist in das Beschluss-
management aufgenommen.**

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .07.2003

1. Dezernat IV
i.V.m. Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:
Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister